

AK-Fakten 2024

Konsolidierung der Landesfinanzen und prekäre Kommunalfinanzen

Die Landesfinanzen des Saarlandes sind nach den Pandemie Jahren nun in eine Konsolidierungsphase eingetreten. Die Abwärtsspirale aus stagnierenden Einnahmen, steigender Verschuldung wegen wachsender Ausgaben und hohen Zinslasten wurde mit einer strikten Haushaltssanierung verlassen. Dennoch sieht sich das Saarland vor einer Reihe von Problemen. Die im Jahr 2023 gestiegenen Steuereinnahmen des Landes stehen einem im Bundesvergleich auf niedrigem Niveau stagnierenden BIP des Landes gegenüber, und die finanzielle Situation der Kommunen bleibt bei stetig wachsenden Aufgaben der Daseinsvorsorge prekär.

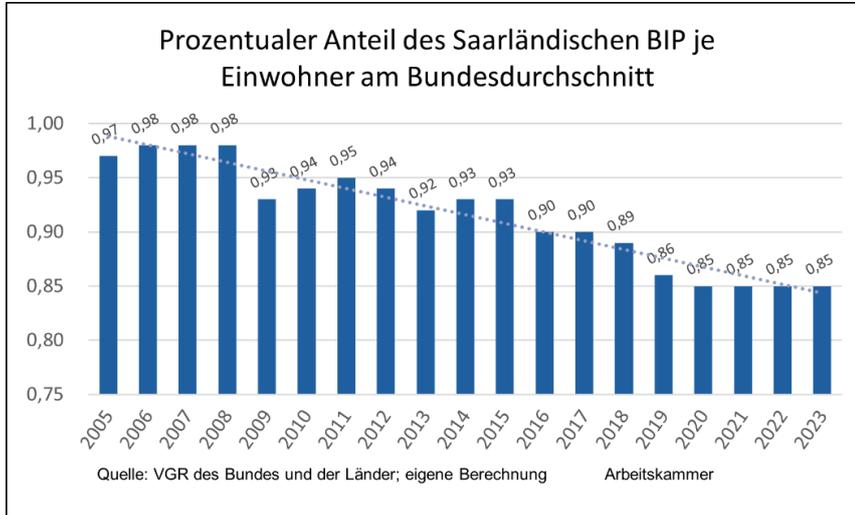
1. Die Steuereinnahmen des Landes sind – entgegen dem sinkenden oder stagnierenden Trend in den meisten anderen Bundesländern – aufgrund der beim Zensus 2022 festgestellten gestiegenen Bevölkerung und der darauf basierenden Steuerverteilung im Jahr 2023 gestiegen.
2. Die Steuereinnahmen der saarländischen Kommunen sind dies schwächste in ganz Westdeutschland. Sie liegen 30 Prozent unter dem Länderdurchschnitt. Damit ist eine angemessene Daseinsvorsorge und die Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Saarland gefährdet.
3. Die saarländischen Schulden wurden rascher als in anderen Ländern abgebaut. Das Saarland liegt zwar beim Schuldenstand immer noch hinter den Stadtstaaten, nähert sich aber den finanzschwachen Flächenbundesländern an.
4. Die kommunale Verschuldung ist im Jahr 2023 in ganz Deutschland deutlich gestiegen – so auch im Saarland, wenn auch im Vergleich moderat: Die Verschuldung der saarländischen Kommunen bleibt weniger hoch als in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen.
5. Die kommunalen Kassenkredite konnten im Saarland weiter abgebaut werden, liegen aber weiterhin deutlich über dem Länderdurchschnitt, jedoch auch hier unter denen von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen.
6. Die Investitionen des Landes wie der saarländischen Kommunen bleiben auch 2023 unterdurchschnittlich. Bei den Landesinvestitionen konnte das Saarland leicht aufholen und den Abstand zum Länderdurchschnitt verkleinern. Hier liegt das Saarland inzwischen nur noch an viertletzter Stelle aller Bundesländer.

Große Sorge müssen die kommunalen Investitionen bereiten. Trotz deutlicher Steigerungen der Kommunalinvestitionen bleibt das Saarland Schlusslicht unter den Flächenländern. Das liegt daran, dass die kommunalen Investitionen in anderen Bundesländern stärker gestiegen sind als im Saarland bzw. von einem höheren Niveau aus gesteigert wurden. Das kommunale Investitionsniveau 2023 liegt bei lediglich 65 Prozent des Flächenländerdurchschnitts.

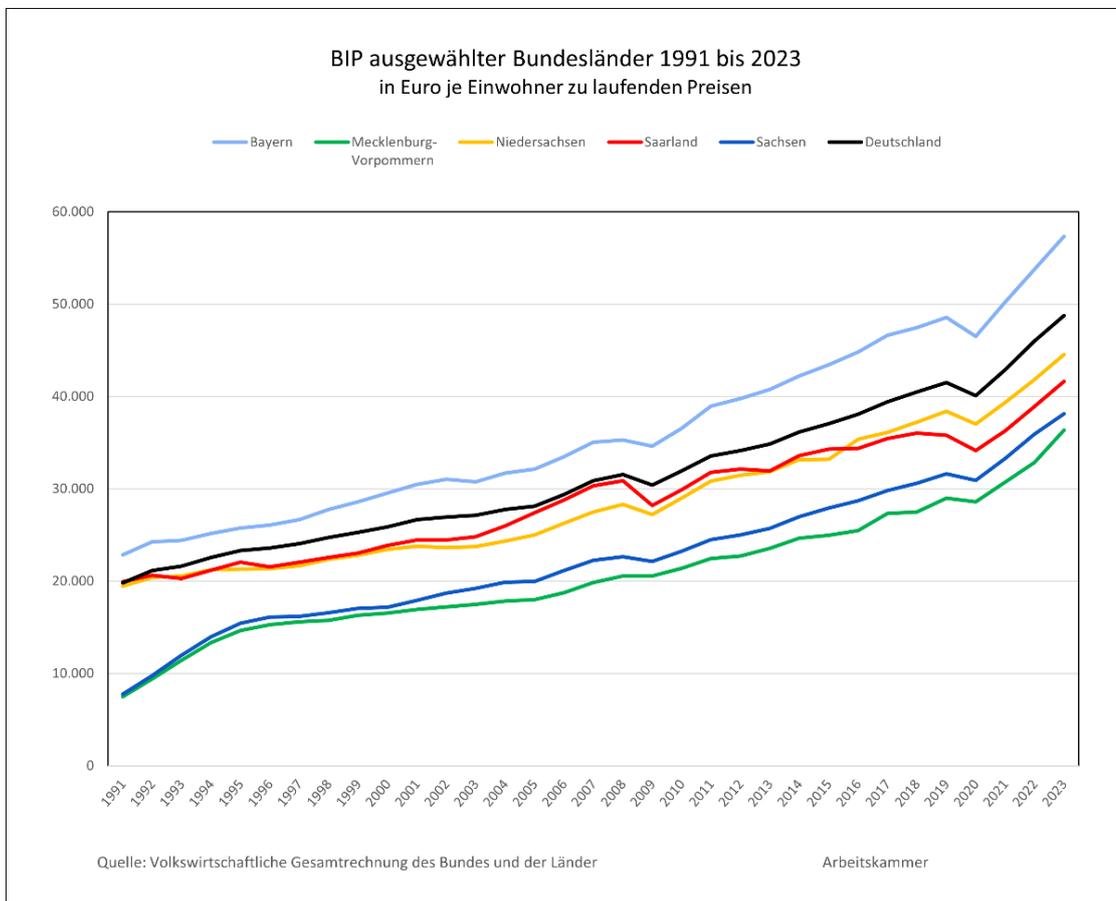
Hinweis zur Sprachform: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher, weiblicher und anderer Sprachformen verzichtet. Sämtliche Bezeichnungen gelten für alle Geschlechter.

1. BIP des Saarlandes: seit 2016 in der Abwärtsbewegung

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Saarlandes beträgt seit 2020 nur 85 Prozent des Länderdurchschnitts. Seit 2016 ist das BIP im Bundesvergleich stetig gesunken. Das bedeutet, dass die Wirtschaftskraft im Saarland im Vergleich zu anderen deutschen Regionen stetig abnimmt bzw. stagniert.



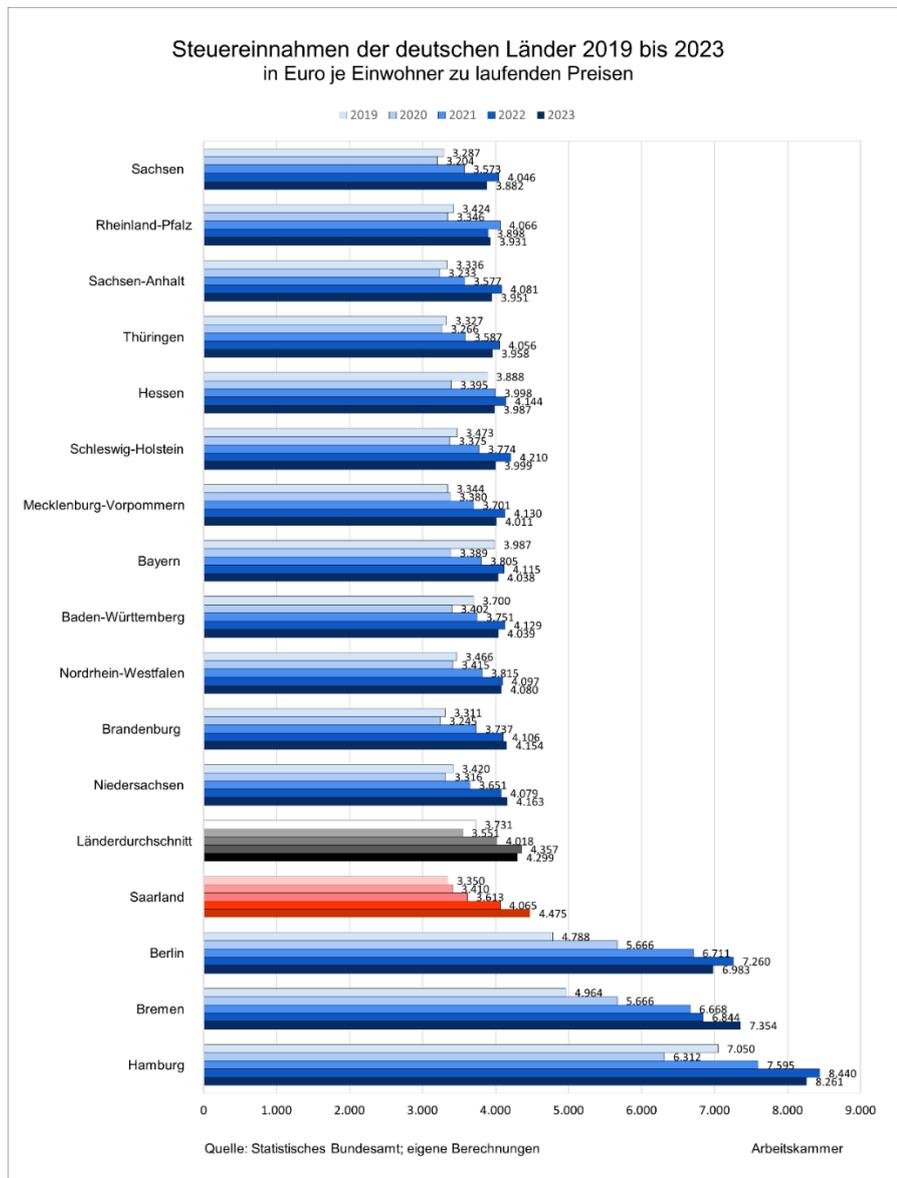
Der Verlauf des BIP des Saarlandes im Vergleich mit ausgewählten deutschen Bundesländern und dem Länderdurchschnitt zeigt, dass das Saarland seit 2016 auch hinter ebenfalls mit Strukturproblemen kämpfenden westdeutschen Bundesländern wie Niedersachsen zurückliegt. Der Abstand zum Bundesdurchschnitt wird größer und die Abstände zu den wirtschaftlich aufholenden ostdeutschen Ländern werden kleiner.



2. Steuereinnahmen des Landes nehmen zu

Die Steuereinnahmen der Mehrheit der Bundesländer haben 2023 stagniert oder sind zurückgegangen. Verantwortlich dafür dürften die gesunkenen Regionalisierungsmittel des Bundes für den ÖPNV in den Ländern und die Rückgänge in der Grunderwerbsteuer der Länder sein, die auf die allgemein schlechte wirtschaftliche Lage und damit auch den zurückhaltenden Immobilienerwerb zurückzuführen sind.

Ausnahmen bilden das Saarland und Bremen, mit dem Effekt, dass das Saarland nun bei den Steuereinnahmen von 4.475 Euro je Einwohner über dem Länderdurchschnitt von 4299 Euro je Einwohner liegt. Dieser Effekt ist der an den Zensus von 2022 angepassten Steuerverteilung im Jahr 2023 zuzuschreiben. Entgegen den Zahlen zur Bevölkerungsfortschreibung hatte dieser ergeben, dass im Saarland nicht rund 990.000, sondern im Mai 2022 genau 1.006.870 Menschen leben. Die zusätzliche Bevölkerung wird bei der Steuerverteilung berücksichtigt und erhöht die Steuereinnahmen des Landes.¹

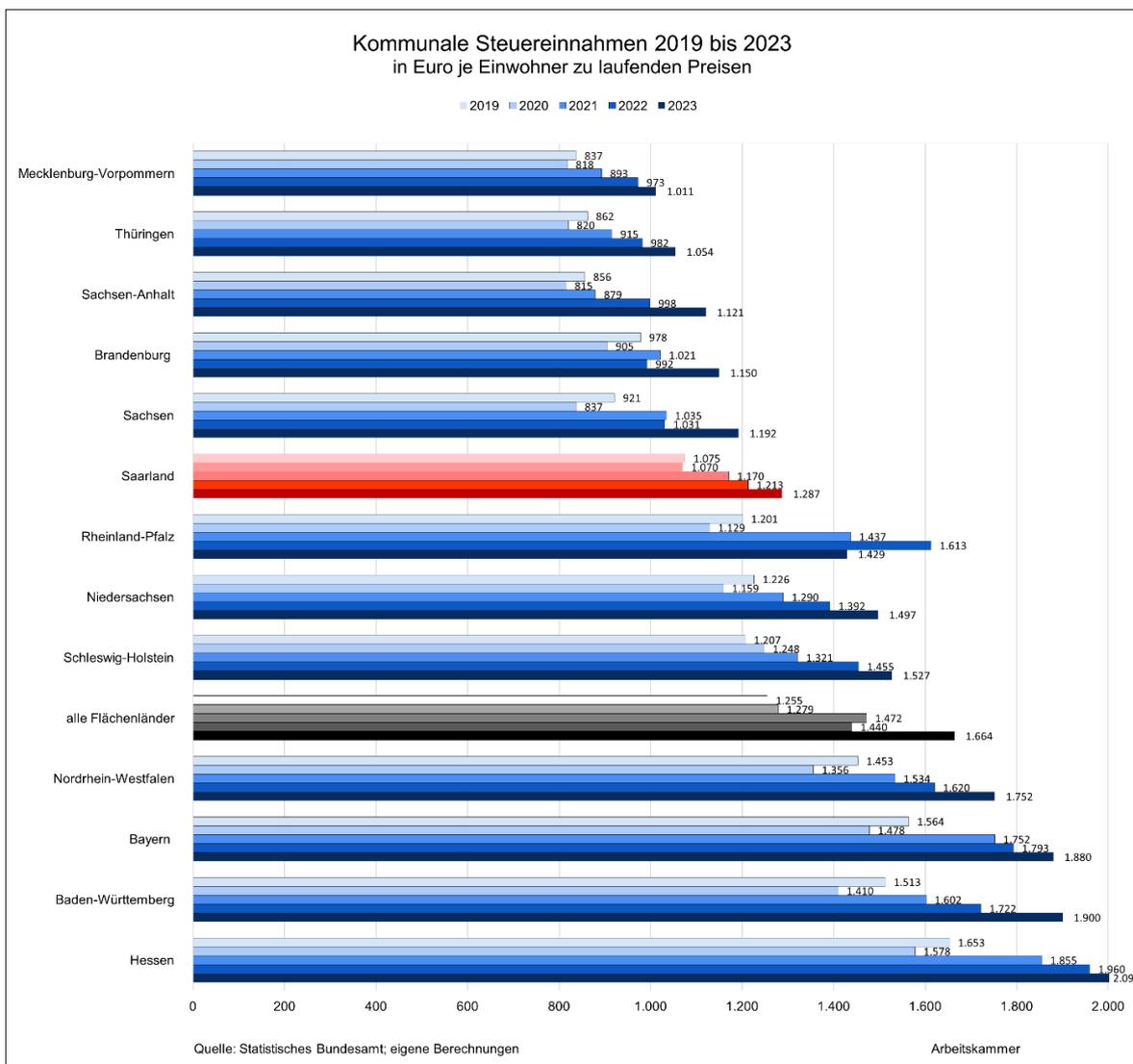


¹ Die vorliegende Berechnung der Steuereinnahmen je Einwohner basiert auf den Zahlen der Bevölkerungsfortschreibung, da die Einwohnerzahlen der Bundesländer für das Jahr 2023 auf Basis des Zensus 2022 vom Statistischen Bundesamt bisher noch nicht vorgelegt wurden. Da die Steuerverteilung aber bereits 2023 auf den Zensuswerten von 2022 vorgenommen wurde, kommt es hier zu leichten Abweichungen.

3. Steuereinnahmen der Kommunen zu schwach für eine Haushaltswende

Die von den saarländischen Kommunen generierten Steuereinnahmen sind im Bundesländervergleich schwach. Seit Jahren nehmen nur die ostdeutschen Kommunen weniger Steuern ein als die saarländischen. Seit 2018 finden sich die kommunalen Steuereinnahmen auf dem sechstletzten Platz aller Bundesländer, und sind damit die schwächsten in ganz Westdeutschland. Sie betragen im Jahr 2023 1287,- Euro je Einwohner und liegen damit knapp 30% unter dem Länderdurchschnitt von 1664,- Euro je Einwohner an kommunalen Steuereinnahmen.

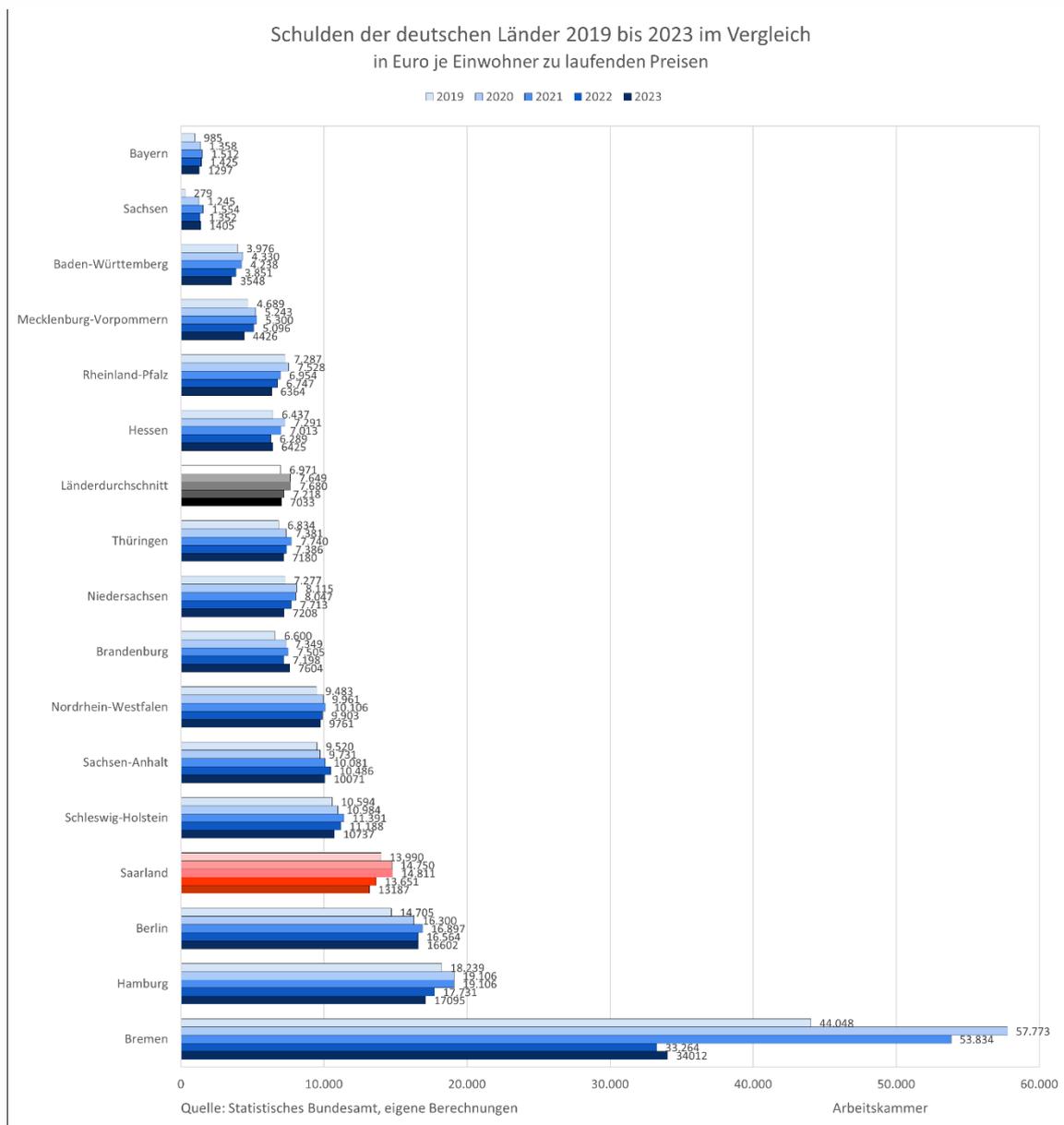
Insgesamt verweisen diese Werte auf eine wirtschaftliche Stagnation, deren Wirkungen bis tief in die öffentliche Daseinsvorsorge reichen. Die Finanzausstattung der saarländischen Kommunen kann nur über zwei Wege verbessert werden: Entweder eine deutliche Verbesserung der regionalen Wirtschaftsentwicklung, die zu zusätzlichen Einnahmen in der Gewerbesteuer führen würde; oder die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer, der bei der bundesweiten Steuerverteilung festgelegt werden müsste. Auch der derzeit in Verhandlung befindliche kommunale Finanzausgleich sollte darauf zielen, die Finanzausstattung der saarländischen Kommunen zu verbessern. Denn: Zu den bestehenden Lasten der Daseinsvorsorge, der Flüchtlingsunterbringung und der steigenden Energiekosten werden künftig die kommunale Wärmeplanung und deren Umsetzung hinzutreten. Mit der Stärkung des ÖPNV werden ebenfalls haushaltswirksame Zusatzausgaben anfallen.



4. Schulden des Landes nehmen weiter ab

Die Schulden des Saarlandes sind im Jahr 2023 mit 13.187,- Euro je Einwohner auf ein niedrigeres Niveau als noch vor der Corona-Pandemie gesunken. Da andere Bundesländer im Jahr 2022 ihre Schulden weniger schnell abgebaut haben, nähert sich das Saarland im Schuldenstand hundertfinanzschwachen westdeutschen Bundesländern an. Setzt sich diese Entwicklung fort, könnte dies eine Trendumkehr in der saarländischen Landesschuld bedeuten, die das Land wieder deutlich von den hoch verschuldeten Stadtstaaten abgrenzte.

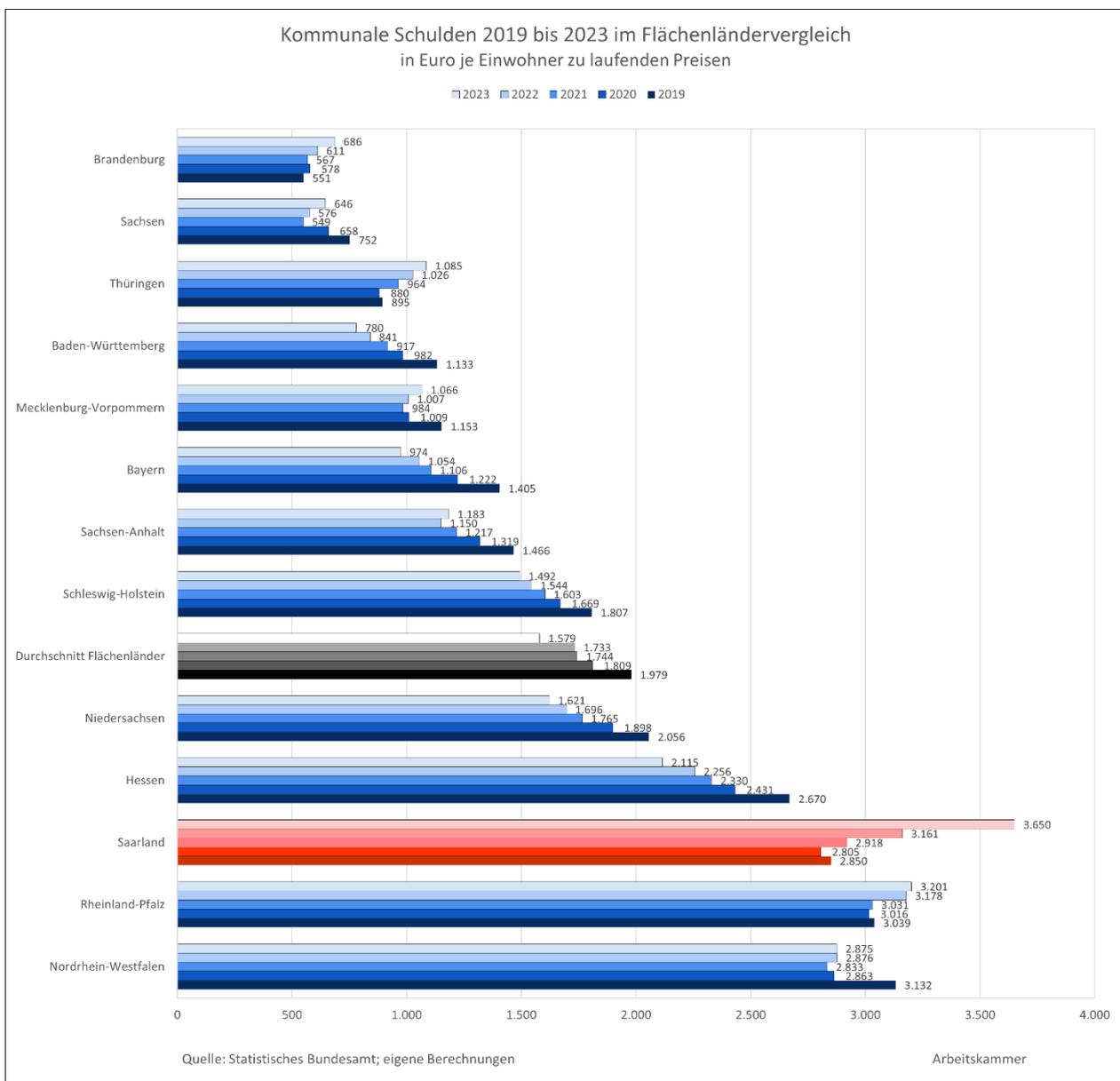
Die im Nachtragshaushalt 2022 verbuchten Mittel von 2,8 Milliarden Euro für den Transformationsfonds werden nicht als Schulden des Landes beim nicht-öffentlichen Sektor ausgewiesen, da das Land Schuldscheine an den Transformationsfonds in gleicher Höhe ausgegeben hat. Die Schulden werden deshalb als Verschuldung beim öffentlichen Sektor geführt. Erst wenn der Transformationsfonds einen bestimmten Betrag benötigt, werden Schuldscheine eingelöst und in deren Höhe Schulden am Kreditmarkt aufgenommen.



5. Schulden der Kommunen steigen wieder leicht

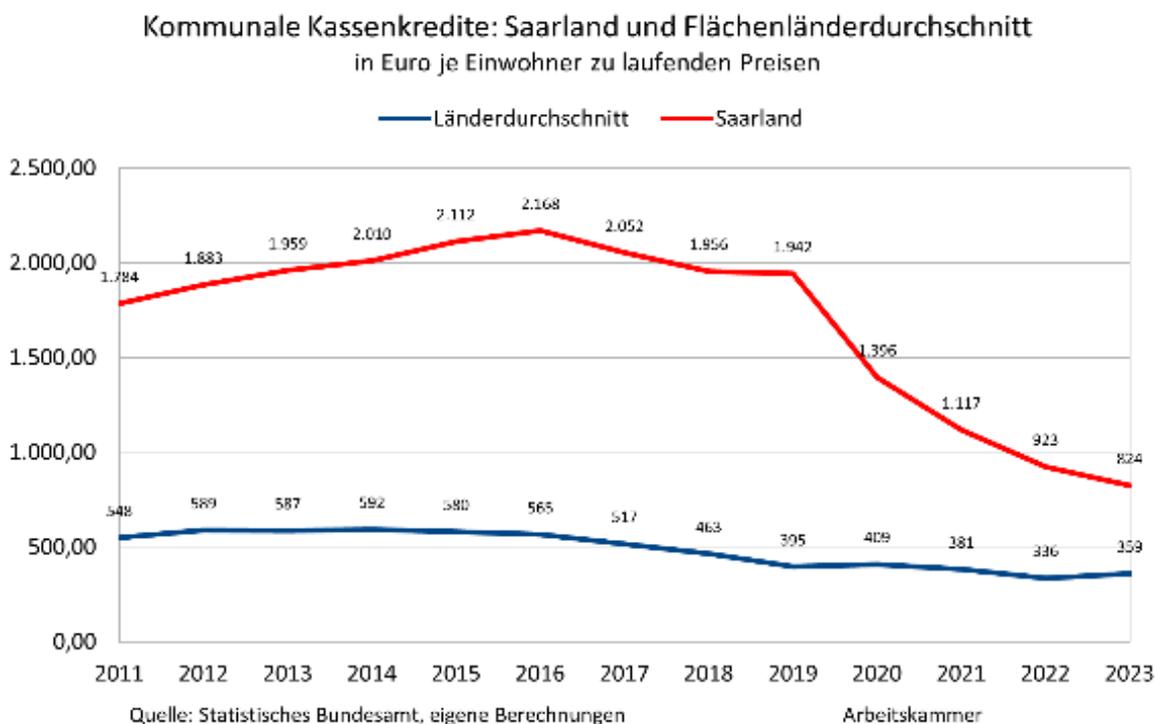
Im Jahr 2023 sind die Schulden der saarländischen Kommunen wieder leicht angestiegen. Nachdem die Gesamtschulden der Kommunen 2019 bis 2022 von 3.650,- auf 2.805,- Euro je Einwohner zurückgeführt wurden, stiegen sie im Jahr 2023 wieder auf 2850,- Euro je Einwohner an. Im Bundesländervergleich bleiben die saarländischen Kommunen auf dem drittletzten Platz der Flächenländer vor Rheinland-Pfalz und dem Schlusslicht Nordrhein-Westfalen.

Dennoch bleibt der Abstand der saarländischen Kommunen zum Länderdurchschnitt der Kommunalverschuldung von 1979,- Euro je Einwohner erheblich, obwohl die kommunale Verschuldung im Jahr 2023 in allen Flächenländern außer Brandenburg gestiegen ist. Eine Lösung für die kommunale Schuldenkrise ist weiterhin nicht auf der politischen Agenda, was neben Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland zunehmend auch Hessen und Niedersachsen betreffe dürfte, deren kommunale Verschuldung ebenfalls über dem Flächenländerdurchschnitt liegt. Wie eine Senkung des Schuldenstandes bei wachsenden Aufgaben der kommunalen Ebene gelingen kann, ist derzeit kaum diskutiert.



6. Kommunale Kassenkredite gehen weiter zurück

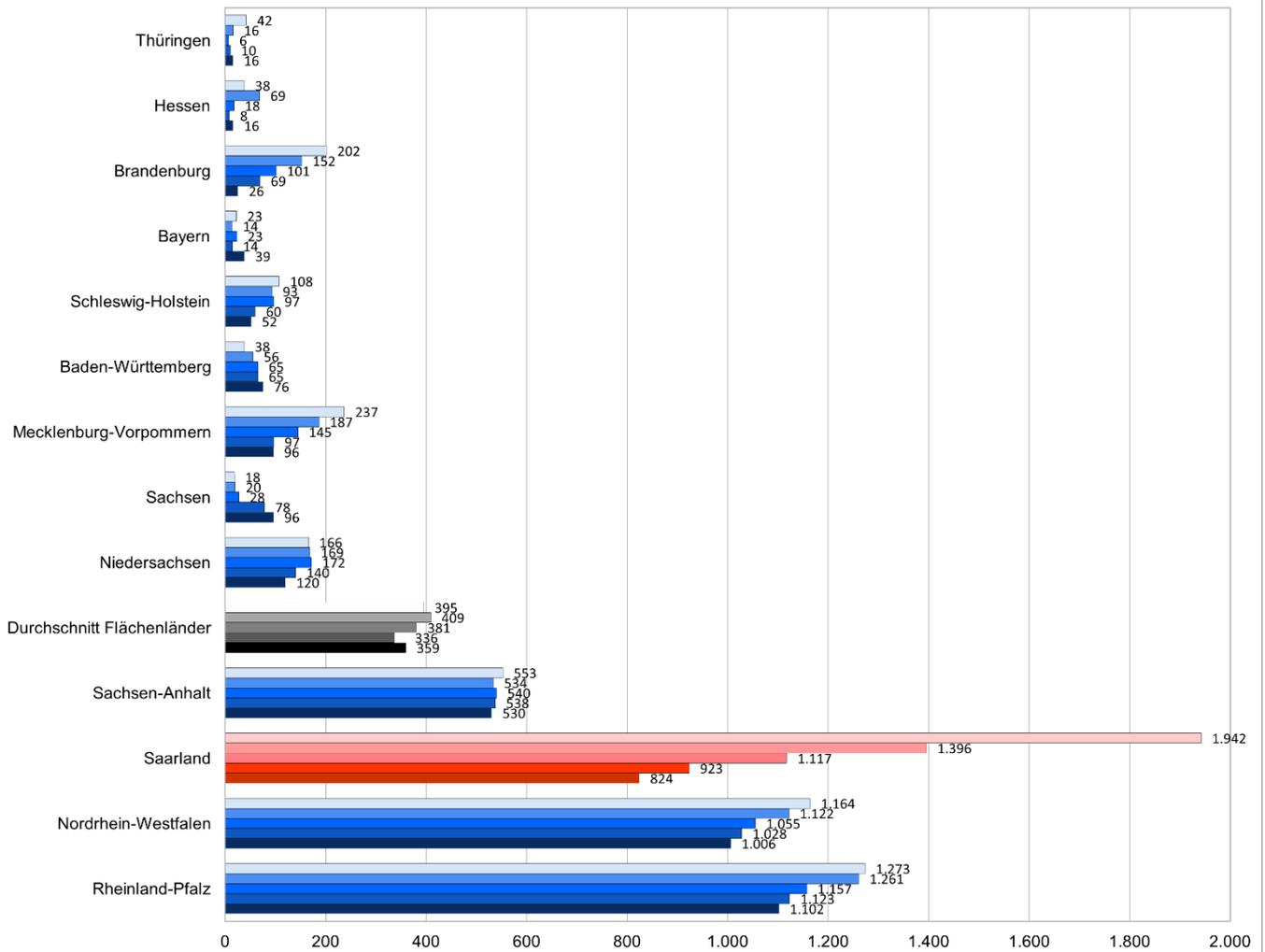
Der Trend zum Abbau der kommunalen Kassenkredite setzt sich im Saarland auch im Jahr 2023 fort. Nachdem zwischen 2019 und 2022 eine Halbierung der Kassenkredite erzielt wurde, betragen sie im Jahr 2023 nur noch 824,- Euro je Einwohner. Das Beispiel des Saarlandpaktes zur Reduzierung der Kassenkredite zeigt, dass ein klar definierter Mitteleinsatz von außen relativ schnelle Entlastung der Kommunalfinanzen erzielen kann. Die saarländischen Kommunen haben weiterhin weniger Kassenkredite als die Kommunen in Nordrhein-Westfalen (1.006,- Euro je Einwohner) und dem neuen Schlusslicht Rheinland-Pfalz (1.102,- Euro je Einwohner).



Insgesamt zeigt sich im Durchschnitt der Flächenländer im Jahr 2023 wieder eine leichte Erhöhung der kommunalen Kassenkredite. Während die Länder mit hohen Kassenkreditständen diese reduzieren, griffen vor allem Kommunen in finanziell als solide geltenden Ländern wie Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Sachsen im Jahr 2023 vermehrt auf Kassenkredite zurück. Insgesamt deutet der Anstieg der kommunalen Gesamtverschuldung in fast allen Flächenländern und der Anstieg kommunaler Kassenkredite in als finanziell wenig auffällig geltenden Ländern darauf hin, dass die Finanzlast der Kommunen ansteigt und weiter ansteigen wird. Problematisch ist dies, wenn die Einnahmen dauerhaft hinter den notwendigen Ausgaben der Daseinsvorsorge zurückbleiben.

Kommunale Kassenkredite 2019 bis 2023 in Euro je Einwohner zu laufenden Preisen

■ 2019 ■ 2020 ■ 2021 ■ 2022 ■ 2023



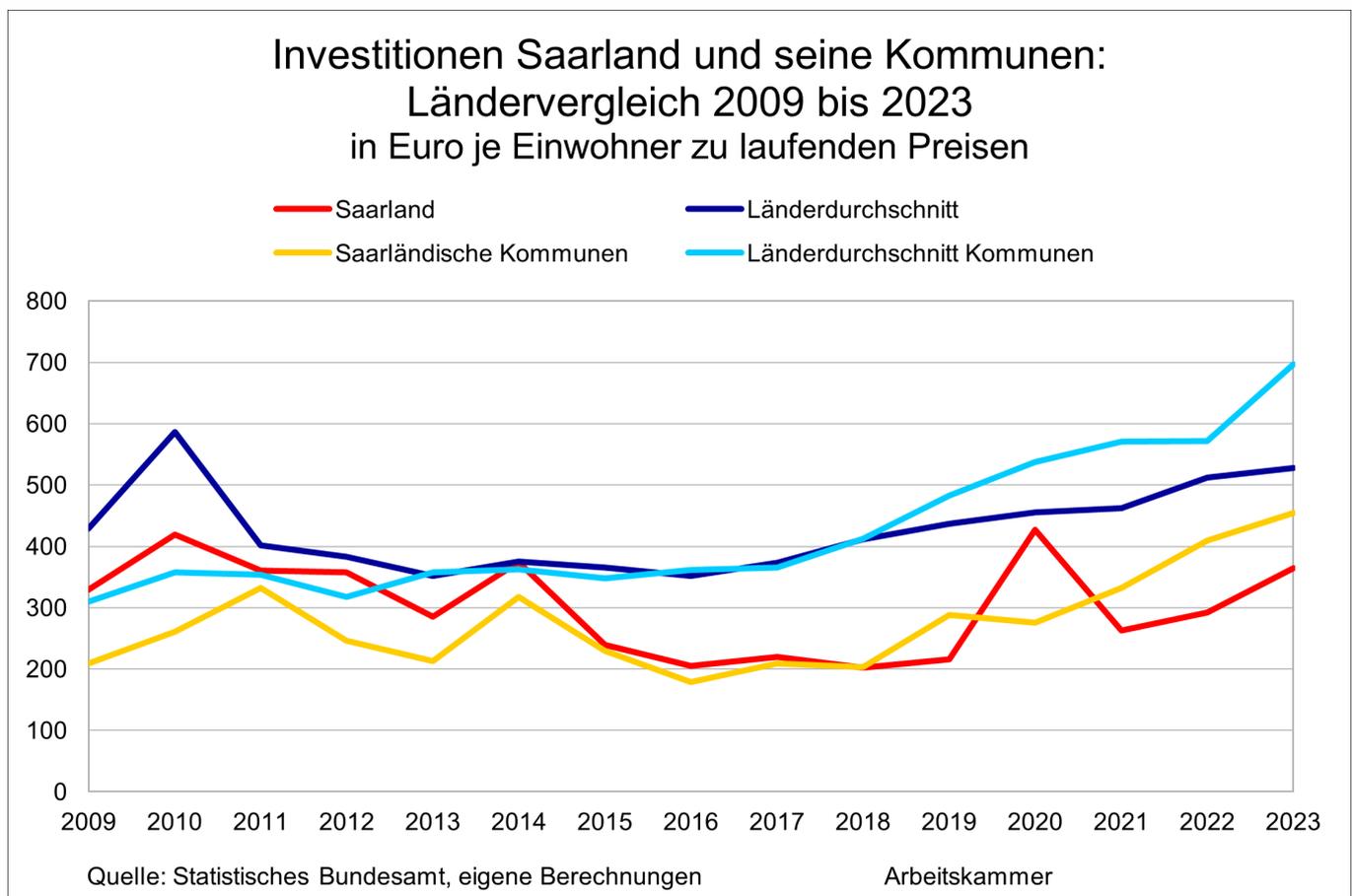
Quelle: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen

Arbeitskammer

7. Investitionen von Land und Kommunen unterdurchschnittlich

Investitionen der öffentlichen Hand sind der Schlüssel zu regionalem Strukturwandel und Transformation. Hier stehen im Saarland große Herausforderungen des sozial-ökologischen Wandels an, die auf lokaler und Landesebene zu neuen Ansiedlungen, Produktionsformen, Produkten und Wertschöpfungsketten führen sollen. Die Förderung zukunftsträchtiger Unternehmen und Branchen und deren Ansiedlung bedarf der Vorleistungen auf Landes- und kommunaler Ebene.

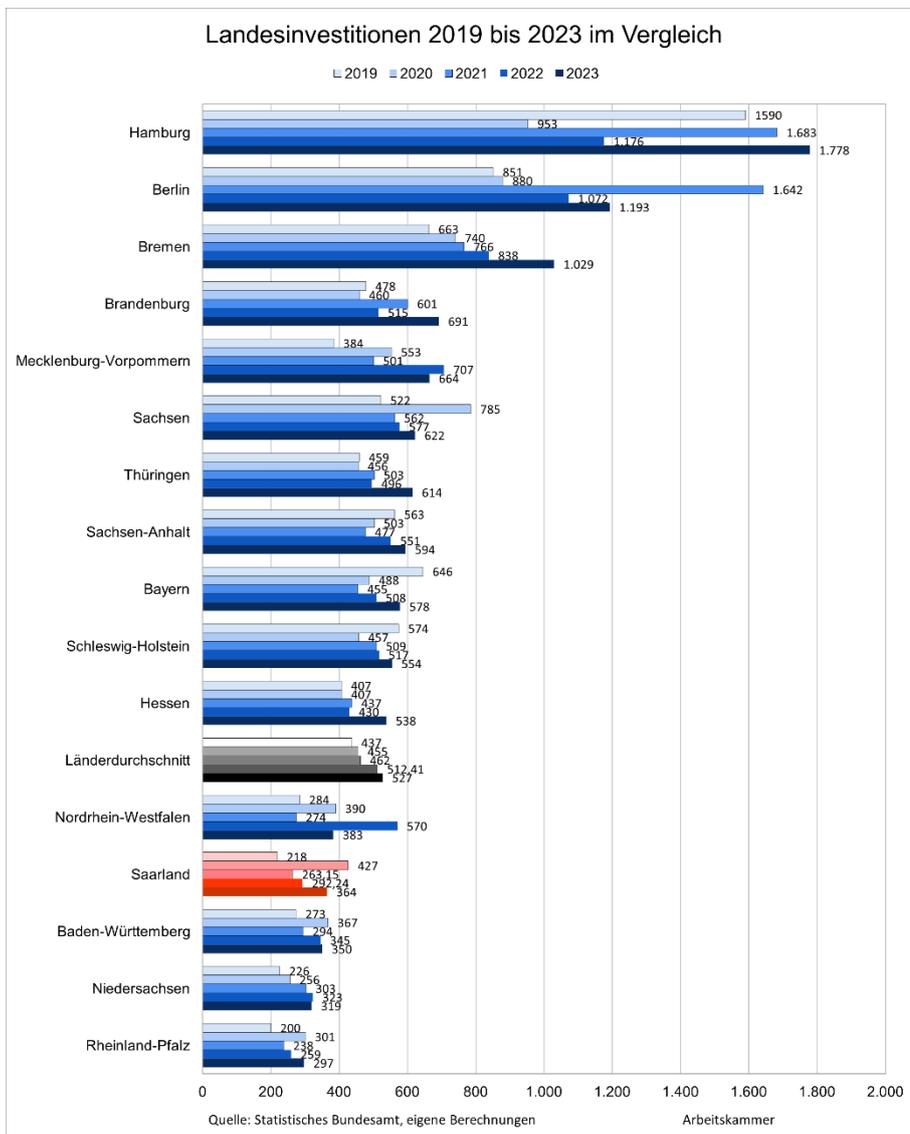
Der Verlauf der Investitionen des Saarlandes wie seiner Kommunen zeigt im Vergleich mit dem Länderdurchschnitt seit 2009, dass das Saarland nur in zwei Jahren, 2014 und 2020, annähernd so viel investiert hat wie der Durchschnitt der Bundesländer. Dieser Trend zeigt sich auch bei den kommunalen Investitionen. Saarländische Kommunen liegen seit 2009 mit Abstand unter dem bundesweiten Durchschnitt der kommunalen Investitionen. Mit der starken Steigerung des Durchschnitts der Kommunalinvestitionen im Jahr 2023 können die Saarkommunen trotz Steigerungen nicht mithalten.



8. Investitionen des Landes: Weiterhin weit unterdurchschnittlich

Die Investitionstätigkeit des Saarlandes ist seit nunmehr anderthalb Jahrzehnten unterdurchschnittlich. Für das deutliche Absacken der Investitionen ab dem Jahr 2015 liegt die Vermutung nahe, dass die Spielräume innerhalb der Phase der Haushaltskonsolidierung immer enger wurden, sich das Saarland aber auf die Einhaltung der Vorgaben des Stabilitätsrates verpflichtet hatte und deshalb die eher flexiblen Investitionskosten gesenkt wurden.

In den Jahren ab 2020 hatte das Saarland aber dann im Haushaltsplan deutliche Investitionssteigerungen vorgesehen, die lediglich 2020 auch umgesetzt werden konnten. Im Jahr 2020 wurden die Investitionen dank einer starken Steigerung der Zuschüsse an Unternehmen für investive Maßnahmen von lediglich 218,- im Jahr 2019 auf 427,- Euro je Einwohner angehoben. Dieses Niveau sollte in den Folgejahren laut mittelfristiger Finanzplanung fortgesetzt werden. Tatsächlich realisiert wurden 2021 lediglich 263,-, 2022 dann 292,- und 2023 dann 364 Euro je Einwohner an Landesinvestitionen. Das Saarland bleibt in den Landesinvestitionen damit deutlich unter dem 2023 wieder leicht erhöhten Durchschnitt der Bundesländer, wenn auch inzwischen Niedersachsen und Baden-Württemberg wie Rheinland-Pfalz schon im Jahr 2022 in den Investitionen pro Kopf noch hinter das Saarland zurückgefallen sind.



9. Investitionen der Kommunen holen auf – sind aber immer noch Schlusslicht

Die saarländischen Kommunen haben ihre Investitionen seit 2021 stetig gesteigert. Dennoch sind sie weiterhin im bundesweiten Vergleich Schlusslicht. Der Flächenländerdurchschnitt der kommunalen Investitionen hat von 2022 zu 2023 einen großen Sprung nach oben von 571,- auf 697,- Euro je Einwohner gemacht, und die Steigerungen in der Mehrzahl der Bundesländer sind signifikant.

Mit 453,- Euro je Einwohner investieren die saarländischen Kommunen nur 65 Prozent dessen, was im Flächenländerdurchschnitt kommunal investiert wird, nämlich 697,- Euro je Einwohner. Von einer Wende in der Daseinsvorsorge hin zu einem Umfeld, das optimale Bedingungen für eine sozialverträgliche Transformation im Saarland bietet, ist das Saarland deshalb noch weit entfernt.

